

727/AE XXI.GP

Eingelangt am: 09.07.2002

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Dr. Evelin Lichtenberger, Moser, Freundinnen und Freunde

betreffend Berücksichtigung der Anliegen aller Transitrouten im sensiblen Alpenraum in den Transitverhandlungen auf EU-Ebene

Die Landtage einzelner transitbetroffener Bundesländer Westösterreichs haben im ersten Halbjahr 2002 ein koordiniertes Vorgehen in der Transitfrage eingeleitet. Erste Ergebnisse sind inhaltlich abgestimmte Landtagsbeschlüssen zum Transit und speziell zur zentralen Frage der Erhaltung der Fahrtenzahlobergrenze sowie die Abhaltung der gemeinsamen Halleiner Transitkonferenz der Landtage von Tirol, Salzburg und Kärnten am 12.6.2002. Zwar zeigen die Regierungsparteien auf Bundesebene eine ablehnende bis zynische Haltung gegenüber den berechtigten Anliegen ihrer Landes-ParteifreundInnen, die Landtage wollen ihre Zusammenarbeit dennoch fortsetzen und auf ihren inhaltlichen Festlegungen beharren.

Die Problematik gerade des voraussichtlichen Entfalls der 108-Prozent-Fahrtenzahlgrenze, wodurch eine Verdopplung der Transitfahrten binnen kurzer Zeit möglich würde, betrifft jedoch auch alle anderen Transitrouten durch Österreich. Schon derzeit steigt beispielsweise in Ländern wie Oberösterreich, die sowohl vom alpenquerenden als auch vom West-Ost-Transit betroffen sind, der überregionale LKW-Verkehr nochmals stärker als in den „klassischen“ Transittälern. Zudem zeichnet sich ab, dass die Bundesregierung bereit wäre, für künftige Beschränkungen in den politisch besonders sensiblen Korridoren Inntal-Brenner und Tauern andere Transitachsen, insbesondere durch Vorarlberg, im Ennstal, über Pyhrn/Schober, aber auch Semmering und Wechsel/Pontebbana im Verhandlungsprozeß zu „verkaufen“. Zusammen mit den massiven Ausbauten und Ausbauplänen im hochrangigen Straßennetz, welche die erweiterungsbedingte Verkehrszunahme erst auf die Straße lenken werden, ist diese Vorgangsweise eine gefährliche Drohung für Mensch und Umwelt in weiten Teilen Österreichs.

In Fortführung der Landtags-Zusammenarbeit soll aus den erwähnten Erwägungen nach dem Sommer 2002 ein Folgetreffen zur Halleiner Konferenz unter erweiterter Beteiligung - zB Oberösterreich - stattfinden. Es ist unumgänglich, dass die weiteren Ergebnisse dieser Zusammenarbeit von den auf Bundesebene Zuständigen nicht - wie nach dem Halleiner Treffen geschehen - verspottet, sondern ernster als bisher genommen und auf der europäischen Ebene sowie im bilateralen Kontakt auch tatsächlich vertreten werden.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung und insbesondere der Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie wird aufgefordert, die mit der Halleiner Resolution vorliegenden und in den weiteren Äußerungen der demokratisch gewählten Landtage ergänzten Länderforderungen zur Transitproblematik aufzunehmen, sie auf der europäischen Ebene und in bilateralen Verhandlungen mit Nachdruck einzubringen und zu vertreten und dem Nationalrat darüber regelmäßig Bericht zu erstatten.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Verkehrsausschuß vorgeschlagen.